Nr. 283 **166. Jahrgang** **Freitag, 1. Dezember 1916**

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Beilagen: „Gießener Familienblätter" und „Kreisblatt für den Kreis Gießen".

Postscheckkonto: Frankfurt am Main Nr. 11686.
Bankverkehr: Gewerbebank Gießen.

Gießener Anzeiger
General-Anzeiger für Oberhessen

Zwillingsrunddruck und Verlag:
Brühl'sche Universitäts-Buch- u. Steindruckerei.
R. Lange, Gießen.

Schriftleitung, Geschäftsstelle und Druckerei:
Schulstraße 7. Geschäftsstelle u. Verlag: 51.
Schriftleitung: 112.
Anschrift für Drahtnachrichten: Anzeiger Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

76. Sitzung, Mittwoch, den 29. November 1916.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, Dr. Helfferich, Staatssekretär des Auswärtigen Zimmermann, v. Loebell, Graf Rödern, Sydow, Kraetke, preußischen Kriegsminister v. Stein, Chef des Kriegsamts v. Gröner, Dr. Solf, Lisco, Wahnschaffe.

Das Haus ist sehr gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Den Platz des Reichskanzlers, der heute seinen 60. Geburtstag feiert, schmückt ein vom Reichstag gespendeter Strauß aus roten und weißen Chrysanthemen.

Präsident Dr. **Kaempf** eröffnet die Sitzung um 3¼ Uhr. Er richtet an den Reichskanzler folgende Worte: Ich habe mir erlaubt, dem Herrn Reichskanzler als Zeichen der Glückwünsche, die wir ihm zu seinem heutigen sechzigsten Geburtstage darbringen, einen Blumenstrauß im Namen des Reichstags darzubieten. (Lebhafter Beifall.) Ich bitte den Reichskanzler, diesen Glückwunsch des Reichstags annehmen zu wollen. (Erneuter lebhafter Beifall.))

Reichskanzler von Bethmann Hollweg:

Ich danke dem Herrn Präsidenten und dem ganzen Reichstag für die freundlichen Worte, die ich soeben gehört habe. Ich nehme diese Blumen an als ein glückverheißendes Symbol für das deutsche Volk, für das allein mein Herz schlägt. (Lebhafter Beifall.)

Der vaterländische Hilfsdienst.

Auf der Tagesordnung steht nur die erste und eventuell zweite Beratung eines Gesetzes betreffend den vaterländischen Hilfsdienst. Die Vorlage ist bereits vom Hauptausschuß eingehend vorberaten worden. Er hat den knappen Regierungsentwurf erheblich erweitert.

Der Präsident erteilt sofort dem Reichskanzler das Wort.

Reichskanzler von Bethmann Hollweg:

Gestatten Sie mir nur wenige Worte der Einführung. Der unersättliche Krieg rast weiter. Unsere Feinde wollen es so. Sie feiern diesen Sommer als einen für sie siegreichen. Haben sie etwa ihren Willen durchgesetzt? Unsere Linien sind ungebrochen."(Beifall.) Rumänien, das den großen Umschwung bringen sollte, zahlt seine Buße. (Erneuter Beifall.) Gott hat bis hierher geholfen, er wird weiter helfen. (Bravo!) Die fast übermenschlichen Taten unserer Truppen, an die kein Wort des Dankes heranreicht (allseitige Zustimmung), und das gute Gewissen, daß wir als die ersten und einzigen bereit waren und bereit sind, den Krieg durch einen unser Dasein und unsere Zukunft sichernden Frieden zu beenden, geben uns das Recht zu solcher Zuversicht. (Sehr richtig!) Aber wir wollen über dieses Recht unsere Pflichten nicht vergessen. Unsere Feinde wollen den Frieden noch nicht. An Menschenzahlen sind sie uns weit überlegen, und **fast die ganze Welt liefert ihnen Kriegsmaterial. Was das heißt, das zeigen die Kämpfe an der Somme. Industrie und Organisation werden mit jedem Tag, den der Krieg länger dauert, entscheidender für das Ende.** Jede Hand, die daheim Geschütze und Geschosse schafft, ersetzt einen Mann, schützt ein junges Leben im Schützengraben. Jede Hand, die daheim feiert, hilft dem Feind. Das ist die Mahnung, die uns jeder Heeresbericht zuruft, die uns in Herz und Gewissen dringt. Die Motive zu diesem Gesetz sind nicht am grünen Tisch erdacht, sie sind draußen im Trommelfeuer der Fronten geboren. Wir haben den Grundgedanken des Gesetzes und die Organisation, zu der das Gesetz führt, mit Vertretern der beteiligten Berufskreise und mit dem Hauptausschusse dieses Hauses durchgesprochen und beraten. Der hingebenden und gründlichen Arbeit des Hauptausschusses verdanken wir wertvolle Vorarbeiten, die uns zu einem baldigen und erfolgreichen Abschluß führen mögen. Je tiefer die Arbeit in den Gegenstand eindrang, um so klarer trat die Größe der Aufgabe hervor, das gesamte Volk für die Kriegswirtschaft zu organisieren. Gewaltig sind die Eingriffe in das Wirtschaftsleben. Aber sind sie nicht gering gegen die Gewaltsamkeit dieses Krieges? (Sehr gut!) Die Möglichkeit des Zwanges mußte vorgesehen werden. Die eherne Notwendigkeit verlangt eisernen Willen. Die Möglichkeit des Zwanges soll den festen Boden geben, auf dem wir stehen müssen, um hinter den kämpfenden Armeen organisch eine Armee der Arbeit aufzubauen. Gelingen aber kann das Werk nur, wenn es sich darstellt als das Ergebnis nicht des Zwanges, sondern der freien Ueberzeugung des ganzen Volkes (Lebh. Beifall), wenn Industrie und Landwirtschaft, Arbeiter und Unternehmer, und wenn vor allem ihre bewährten Organisationen (lebh. Beifall links und im Zentrum) sich ihm freiwillig hingeben und widmen. Daß dies eintreten wird, dürfen wir mit Zuversicht sagen, denn dafür bürgt uns der Sinn, mit dem sich das ganze Volk auf den Krieg eingestellt hat, dafür bürgen uns die großen Leistungen, die dieser Sinn schon bisher hervorgebracht hat, der Geist, der alle im Lande zu Beginn des Krieges beseelt hat, mitzuwirken und mitzuleiden, wo es auch sei. Dieser Geist wird aufs neue aufgerufen, und jeder von uns weiß, daß er sich dem Rufe nicht versagen darf. (Beifall.) Wenn draußen Hunderttausende in der Verteidigung des Vaterlandes dahinbluten, dann wird der Mann daheim nicht die letzten Opfer gebracht zu haben meinen, wenn er tatenlos die Mühen erträgt, die der Kriegszustand mit sich bringt, da wird er es als seine Pflicht vor dem Vaterlande, vor den Kämpfern, vor den gefallenen Helden betrachten, seine Kraft an den Platz zu setzen, wo sie für den Kriegszweck am nützlichsten wirkt. Ueber Einzelheiten des Gesetzes mögen die Meinungen auseinandergehen. Mag der eine dies verurteilen, der andere jenes vermissen — aber dieses Gesetz, für die Kriegszeit geschaffen, soll doch ein Zeugnis dafür sein, daß wir für alle Zeit festhalten wollen den Geist gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Hilfsbereitschaft, der uns in der schwersten Not unseres Volkes zusammengeführt hat, und auf dem allein sich eine Zukunft aufbauen kann, stark nach außen und frei nach innen! (Beifall.) Im Namen der verbündeten Regierungen bitte ich Sie, meine Herren: helfen Sie an dem Werk, das uns neue Kraft und damit dem Siege und dem Frieden zuführen soll. (Lebhafter Beifall.)

Preußischer Kriegsminister **vom Stein:** Das vorliegende Gesetz soll unseren schwerkämpfenden Truppen Unterstützung und Stärke bringen. Am nächsten betroffen sind diejenigen Truppen, denen es nicht bis jetzt vergönnt war, die seelische Erhebung im Kriege zu erleben, die ein siegreiches Gefecht mit anschließender Verfolgung mit sich führt, wo man all das Schwere, die Verluste, die gefallenen Freunde hinter sich lassen könnte. Gerade die sind am meisten getroffen, die gebannt an eine Stellung, gegen eine Uebermacht kämpfen müssen und neben denen sich alle die Opfer vollziehen durch das Fallen ihrer nächsten Kameraden, ihrer Freunde, mit denen sie gelebt und gekämpft haben; und dieser Eindruck verwischt sich nicht! Wer als Führer dort draußen mit seinen Truppen gelebt und gelitten hat, dem ist es außerordentlich schwer gewesen, wenn er überall und zu jeder Zeit, wo er sich in dem ihm zugewiesenen Raum bewegte, mochte es bei Tag oder Nacht, mochte es in der Arbeit sein oder wenn er sich zur Ruhe anschickte, mochte er in der vorderen Linie sein oder hinten die Einrichtungen beaufsichtigen — immer nur der fast zur Eintönigkeit gewordene Donner der Geschütze, der nicht eine Sekunde unterbrochen wurde. Natürlich waren es die Geschütze von beiden Seiten.

Meine Herren, da kann man sich das Hirn zermartern: wie willst du helfen? wenn man sich immer bewußt ist, jetzt, wo das Feuer droht, da kostet es manchem deiner Kameraden das Leben oder die Gesundheit. Und versucht hat man es, nach bestem Wissen und Gewissen, innerhalb der Grenzen, die einem gesetzt sind durch die gebotenen Mittel. Diese Mittel zu verstärken und auf ein solches Maß zu bringen und zu verwenden, die kostbaren Blutverluste zu vermindern, das ist der Zweck, den dieses Gesetz hat; denn nicht nur wir haben darunter gelitten. Das würde einseitig sein. Der Feind litt auch durch unsere Tat. Die Nachrichten, die mir in die Hände gefallen sind, geben davon Kunde. Mir hat lange ein außerordentlich energischer französischer General gegenübergestanden. Die Befehle, die wir von ihm bekommen haben durch Gefangene und durch Tote, die lauteten für uns zum großen Teil unverständlich. (Wir erfahren daraus, wieviel Todesurteile an den eigenen Leuten vollzogen wurden. (Hört, hört!) Und bei den vielfachen Angriffen auf den oft genannten Ort Thiepval da lautete ein Befehl: „Ich habe den Wald von Thiepval mit einem Deutzgaun umzogen und dahinter Maschinengewehre aufgestellt. Wer bei Angriff auf Thiepval zurückgeht, wird von ihnen empfangen werden." (Hört, hört!) Und selbst ein englischer Befehl, den ich eigentlich nicht erwartet hatte, ist mir noch zu Ohren gekommen, allerdings nur durch Gefangenenaussagen. Ich habe keine strikten Belege dafür.

Bei den Angriffen, die gerade in den letzten Tagen noch eine Rolle gespielt haben, auf die Höhen südlich von Grandcourt, da haben Gefangene ausgesagt, es wäre ihnen vorher ein Befehl bekannt gemacht worden: wer beim Angriffe zurückginge, der würde erschossen! (Hört, Hört!) Meine Herren, uns wären derartige Befehle unverständlich. Die Tapferkeit, die Treue, die Pflichttreue unserer Leute berechtigt uns zu der festen Ueberzeugung, daß überall dort, wo wir nicht nur unter gleichen, sondern nur unter allenfalls erträglichen Verhältnissen mit dem Feind uns zu messen haben, unsere Leute niemals versagen werden. Gerade aber diese Selbstentäußerung unserer tapferen Truppen macht es mir als ihrem Vertreter zur besonderen Pflicht, sie dringend zu bitten, dieses Gesetz, daß Ihnen die Hilfe und Verstärkung bringen soll, anzunehmen. Ehe ein Gesetz in Wirkung tritt, braucht es eine gewisse Wirkungsdauer. Es wird ohnehin einige Zeit kosten, ehe sich die wohltätigen Folgen für unsere Truppen da draußen erkenntlich machen. Und sie alle, die dort tapfer und mit Selbstverleugnung kämpfen, sehnen sich doch danach, daß ihnen dieser Beweis ihrer Heimat und ihres Volkes die starke, ausreichende Hilfe bringt. Deswegen und weil es ohnehin Zeit kosten wird, ehe die Wirkung des Gesetzes in Kraft tritt, bitte ich Sie, im Namen der draußen kämpfenden Truppen und in meinem eigenen Namen, nicht nur: Nehmen Sie das Gesetz an, sondern, nehmen Sie es bald an! (Beifall.)

Staatsminister Dr. **Helfferich:** Das vorliegende Gesetz ist ein Gesetz des Krieges, ein Gesetz der Not, ein Gesetz des eisernen Willens und der eisernen Tat. Heimat und Feldheer reichen sich in diesem Gesetze die Hand zu unauflöslichem Bunde, zu Kampf und Sieg. Neben die allgemeine Wehrpflicht tritt mit diesem Gesetze die Pflicht des allgemeinen Dienstes im vaterländischen Hilfsdienst, neben die organisierte Armee draußen im Felde tritt die organisierte Armee in der Heimat. Wir ziehen mit diesem Gesetz die letzte Folgerung der Gestaltung dieses ungeheuren Krieges. Nie zuvor hat die Munitionsherstellung den Erfolg der Kampfhandlung auch nur annähernd in der Weise bestimmt, wie das jetzt der Fall ist. Deshalb bedarf die Armee der Kämpfer draußen der Armee der Arbeiter in der Heimat. Kanonen, Granaten, Maschinengewehre, Minenwerfer, Unterseeboote, Torpedos, sie alle wachsen uns nicht aus der flachen Hand, sie müssen geschaffen werden. Das alles heißt Arbeit, Arbeit und noch einmal Arbeit! Unsere heimatliche Erde führt in ihrem Schoß die Schätze, die wir für die Kriegführung brauchen, aber diese Schätze müssen gehoben und geformt werden. Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte. Dies Wort galt vor 100 Jahren im deutschen Volk, es gilt heute wieder und es wird gelten in alle Ewigkeit. Dieser Krieg um unser Dasein und unsere Zukunft ist nicht nur ein Kampf der Waffen, sondern auch ein Kampf der Wirtschaft.

Die hundertfältigen Bestrebungen edelgesinnter Geister aller Nationen, den Krieg auf die kämpfenden Truppen zu beschränken und von der nichtkämpfenden friedlichen Bevölkerung fernzuhalten, sind zunichte geworden durch die Verachtung alles Völkerrechts, mit der England die Seele des feindlichen Machtverbandes seinen Wirtschafts- und Hungerkrieg eingeleitet hat und bis auf den heutigen Tag führt. Auch die kleinen neutralen Völker, deren Schutz die Staatsmänner Englands im Munde führen, werden durch Unterbindung der notwendigen Zufuhr, durch Postsperre, schwarze Listen usw. schlimmer geschädigt, als je ein Feind vom Feinde geschädigt worden ist. In diesem Hunger- und Wirtschaftskrieg stehen wir mit unseren Verbündeten im wesentlichen allein. Anders die Alliierten. England kauft allein von den Vereinigten Staaten wöchentlich für 12 Millionen Pfund Sterling. Der Einfuhrüberschuß in den ersten zehn Monaten hat sich auf nahezu 12 Milliarden beziffert. Die halbe Welt arbeitet für unsere Feinde. Sie läßt es sich gut und teuer bezahlen, aber sie steht ihnen zu Diensten.

Bei uns gibt es keine nennenswerte Ueberseezufuhr, für uns arbeiten keine fremden Hände, was wir zur Kriegsführung und Volkserhaltung brauchen, müssen wir mit unserer eigenen Arbeit täglich schaffen. Auch hier hilft uns die heimatliche Erde. Sie liefert uns das, was wir brauchen für die Kriegsmittel und für die Volksernährung. Aber auch hier muß es ihr durch Arbeit abgerungen werden. Der Mobilmachung der Arbeit gilt dies Gesetz. Wir wollen aus der Arbeitskraft des deutschen Volkes das Beste herausholen für unsere Kriegführung und Volkserhaltung. In der Mobilmachung der Arbeit stehen wir eigentlich vom ersten Kriegsjahre an. Es ist nicht wenig, was geleistet worden ist, aber es ist jetzt nicht mehr genug.

Seit 2½ Jahren haben wir durch die Kriegswirtschaft Verhältnisse, die jeder von uns vorher für undenkbar gehalten hätte. Heute sind sie unser tägliches Brot. Das Außergewöhnliche dieser Zeit, für das sich der Blick durch die Gewöhnung des Tages verliert, möchte ich Ihnen vor Augen rücken. Wir haben einen Außenhandel von jährlich 23 Milliarden verloren, der uns die notwendigsten Rohstoffe zuführte und Millionen von Händen ernährte. Wir erleben eine sich fortgesetzt steigernde Entziehung von Arbeitskräften, wogegen der stärkste Generalstreik ein Kinderspiel wäre. Diesen ungeheuerlichen Verschiebungen haben sich die Grundlagen unserer Wirtschaft durch eine gewaltige, noch nie gesehene Umgruppierung der Arbeitskräfte angepaßt. Große Berufszweige wurden eingeschränkt oder stillgelegt, andere Zweige, die für den Krieg arbeiten, entwickeln sich im Riesenausmaß. Industrien sind aus der Erde gestampft worden. Damit ist die Größe der Arbeit noch nicht erschöpft. Der Krieg brachte mit einem Schlag eine schwere Stockung unseres ganzen Wirtschaftslebens, die nur langsam überwunden wurde. In den ersten Kriegstagen richtete sich das Gespenst der Arbeitslosigkeit drohend vor uns auf.

Um die erste Not zu beheben, wurde an Notstandsarbeiten allergrößten Stils gedacht, ohne Rücksicht auf deren Erfordernis, nur um Beschäftigung zu geben. Als der erste ungeheure Schreck verwunden war, trat in einzelnen Industriezweigen Rohstoffmangel auf. Dazu kam die Entziehung des leitenden Personals, der Offiziere unseres Wirtschaftslebens. Es hat ein volles Jahr gebraucht, bis die Arbeitslosigkeit überwunden war. Bei den weiblichen Arbeitskräften dauerte es noch länger. Aber während bei den Männern heute das Angebot um ein Drittel hinter der Nachfrage zurückbleibt, ist bei den weiblichen Arbeitskräften das Angebot heute noch stärker als die Nachfrage. In der Landwirtschaft ist die Arbeit der Frau, von der kleinsten Bauernfrau bis zur großen Gutsherrin längst das Rückgrat der ganzen Betriebe geworden. Die Frau, die heute einen Mann ersetzt, der dafür im Schützengraben steht, ist so viel wert, als der Soldat an der Front. (Beifall.)

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben wir eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die, für sich genommen, das Gegenteil rationeller Ausnützung der Arbeitskraft sind. Insbesondere gilt das für die Textilindustrie. Die Rücksichten aber, die bisher genommen werden konnten, können heute nicht mehr bestehen. Heute ist der Krieg das Losungswort und heute gibt es nichts anderes als die eine Rücksicht, wie wir den Kämpfern draußen das notwendige Kriegsgerät verschaffen und wie daheim für die notwendige Ernährung sorgen; wie schaffen wir Munition und wie schaffen wir Proviant? Nach gewissenhafter Prüfung haben sich die verbündeten Regierungen überzeugen müssen, daß allein auf dem Wege der Freiwilligkeit diese Aufgabe nicht zu lösen ist, wie sie namentlich das sogenannte Hindenburgprogramm für die Munitionserzeugung stellt. Es darf in dieser Zeit niemand mehr müßig gehen, weil er nicht arbeiten will, oder auf Grund seiner Einkommensverhältnisse nicht zu arbeiten braucht. Heute gehört jeder Arm und jeder Kopf dem Vaterlande. Wir fassen das Gesetz nicht eng materiell auf, wir begreifen auch die geistigen Bedürfnisse mit ein. Wir sagen z. B. auch die Presse ist für die gesamte Entwicklung von bedeutungsvoller Wirkung, dasselbe gilt für die Geistlichkeit, die Lehrerschaft, die vielbewährten Berufsorganisationen, die Organe der Sozialversicherung und ähnliche Einrichtungen. Alle diese Berufe werden als Hilfsdienst angesehen werden.

Den Frauen wird die gesetzliche Verpflichtung nicht auferlegt aus physischen Gründen und weil die Bedürfnisfrage anders liegt. Alle Maßnahmen müssen weitergeführt und ausgebaut werden. Wir sind uns aber auch klar darüber, daß nach dem Wort des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg es zwar ohne Zwang nicht geht, aber hinzukommen muß die vaterländische Pflichterfüllung eines jeden einzelnen. Erst wenn jemand Arbeit im Sinne dieses Gesetzes nicht ausübt, kann ihm eine solche zugewiesen werden, die er annehmen muß. Den gegenwärtig arbeitslosen Textilarbeitern usw. soll die Unterstützung nicht entzogen werden, solange sie nicht andere Arbeit haben. Bei der Zusammenlegung und Stillegung solcher Betriebe, die etwa jetzt schon für das Heer arbeiten, wird das Kriegsamt es leicht haben. Bei andern Betrieben aber, insbesondere bei Einzelexistenzen und kleineren Unternehmern werden das Kriegsamt und die von ihm ressortierenden Stellen sehr genau prüfen, ob die Vorteile der Nenderung im Verhältnis stehen zu den wirtschaftlichen Schaden, die durch die Zerstörung wirtschaftlicher Existenzen angerichtet würden.

In vielen Fällen wird es leichter und einfacher sein, die Arbeit zu den Leuten zu bringen, wie die Leute zur Arbeit. Das Gesetz muß so schonend wie möglich für die Arbeiter durchgeführt werden. Die Beschränkung der persönlichen Freiheit macht einen sorgfältigen Ausbau der Einrichtung notwendig, die zu ihrem Schutz dienen sollen. Vor allem bedarf es eines Systems von Rechtsschutzes für die richtige Ausführung dieses Gesetzes. Die verbündeten Regierungen haben zu den Wünschen des Reichstages noch keine Stellung nehmen können. Ich hoffe aber, daß das Gesetz eine Fassung erhält, die dem Bundesrat die Zustimmung ermöglicht und die persönliche Freiheit in möglichst geringem Maß beschränkt. Die Stimmung, aus der dieses Gesetz geboren ist, ist die siegesgewisse Kraftanstrengung eines siegesgewissen Volkes. (Beifall.) Die Heimarmee hat schon gute Arbeit geleistet, wir haben uns auf heimischem Boden Ersatz erarbeitet für alle die Hilfsmittel, die uns vorher von der Außenwelt zugingen. Wir haben unsere Leistungen aus eigener Kraft herbeigeführt. Unsere Feinde haben uns mit den Hilfsmitteln der ganzen Welt nicht überwinden können.

Unsere Steinkohlenförderung sank mit Kriegsausbruch auf die Hälfte, heute hat sie wieder neunzig Prozent erreicht. Unsere Braunkohlenerzeugung ist im Kriege weit über die Höchsterzeugung des Friedens hinaus gestiegen. Unsere Rohstoffgewinnung ging zunächst auf ein Drittel der Friedens-

erzeugung zurück, hat jetzt aber wieder 85 Prozent erreicht, und das alles, während Millionen und Abermillionen aus der Industrie herausgenommen sind. Ich will die gewaltigen Leistungen Englands nicht verkleinern. Aber Englands Stahlerzeugung, die immer größer ist als unsere, dürfte für das laufende Jahr nicht höher gewesen sein als im Frieden. Seine Stahlerzeugung, die wir schon im Frieden überholt hatten, ist im Kriege trotz äußerster Kraftanstrengung erheblich zurückgegangen, obgleich England, wie seine Bundesgenossen, Chinesen, Malaien, Inder und andere farbige Arbeiter heranziehen.

Die Erfahrungen des Krieges werden dazu führen, daß wir auch im Frieden teures ausländisches Material durch billiges inländisches Material ersetzen. Die Schule der Innenwirtschaft wird dauernd und bleibend unsere innere Selbständigkeit stärken. Die Landwirtschaft hat durch Anspannung aller Kräfte unsere Ernährung sicherstellen können. (Beifall.) Trotz der schlechten Kartoffelernte können wir ansichts der guten Ernte an Körnerfrüchten und Futtermitteln zuversichtlicher in die Zukunft blicken, als im Vorjahre. Die weiteste Sparsamkeit ist noch wie vor geboten. Es ist ein geringer Trost, wenn andere gleichfalls leiden. Aber wenn die anderen unsere Feinde sind, wird dieser Trost schon besser. Vom Hunger der anderen ist noch niemand satt geworden. Aber in diesem Wirtschaftskrieg ist es für uns nicht gleichgültig zu wissen, ob unsere Feinde im Ueberfluß schwimmen oder ob sie darben.

England, Frankreich und Italien haben auf Grund des Ausfalls der letzten Weltgetreideernte einen nicht unerheblichen Ausfall. Sie versorgen sich hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten und Kanada. Während im vorigen Jahre dort eine Rekordernte an Weizen von 37½ Millionen Tonnen zu verzeichnen war, sind 1916 nur 21 Millionen Tonnen geerntet worden, was hauptsächlich auf den Mangel an Kali zurückgeführt wird. Auch die Beschaffenheit ist schlechter ausgefallen. In Argentinien ist die Ernte ebenfalls so ausgefallen, daß man dort bereits ein Ausfuhrverbot erwägt. Wenn die Weltmächte die fehlende Menge aus Indien und Australien heranschaffen wollen, so wird durch den zwei- bis dreimal längeren Weg erschreckend mehr Schiffsraum verlangt. Die Ernte in Indien und Australien wird von Sachverständigen auf sechs bis sieben Millionen Tonnen geschätzt, sie kann also den Ausfall nicht wettmachen, so daß noch ein Fehlbetrag von neun bis zehn Millionen Tonnen bleibt.

Der Weizenpreis in Chicago ist denn auch entsprechend gestiegen, und der Weizenpreis in England ist nach dem gegenwärtigen Kurs doppelt so hoch wie in Deutschland. (Hört, hört!) Der Hunger, den England gegen uns mobil gemacht hat, erhebt dort selbst seine dürre Hand. Unsere wackeren Unterseeboote tun das ihrige, um diese Sorge der Feinde ständig zu vergrößern. (Beifall.) Der Feind hat seinen Vorsprung für das laufende Jahr verloren. Aus dieser Sachlage heraus tun wir den großen Wurf des vaterländischen Hilfsdienstes, mit dem wir alle Kräfte für die große Entscheidung zusammenfassen. Das deutsche Volk ist auf eine Probe gestellt, wie nie ein Volk in der Weltgeschichte. Wir müssen und werden die Probe bestehen. (Beifall.) Wir werden sie bestehen, wenn jeder in der Heimat in jeder Stunde derer gedenkt, die draußen im Trommelfeuer und im Schützengraben mit ihren Leibern für unsere Zukunft Wacht halten. Von der Heimat werden Opfer und Leistungen verlangt, die bis zur Selbstentäußerung und bis zum Aufgeben des Einzelschicksals für den höheren Daseinszweck der Gesamtheit gehen. Jede Arbeit, jedes Opfer und jede Entbehrung wird geheiligt durch den Gedanken, daß wir Bausteine herbeischaffen für eine bessere und stärkere Zukunft unseres Vaterlandes. (Beifall.) In diesem Geist wird das deutsche Volk, das hoffen wir alle zuversichtlich, das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst aufnehmen und durchführen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. **Spahn** (Ztr.): Es handelt sich bei der Vorlage nicht um ein Zwangsgesetz gegen die Arbeiter, nicht einmal zur Arbeit. Das Gesetz will ein festes Fundament abgeben für die Errichtung des Kriegsamts. Das Ermächtigungsgesetz vom August 1914 war zu schwach, um diese gewaltige Umstellung des ganzen wirtschaftlichen Lebens zu tragen. Man will weiter die Möglichkeit durch dieses Gesetz geben, alle Arbeiter vom 17. bis 60. Lebensjahre in den Hilfsdienst einzustellen dort, wo ihre Kraft am besten ausgenutzt werden kann im Interesse unserer Landesverteidigung. Die Ziele des Gesetzes sind so begründet, daß ein ernsthafter Widerspruch dagegen sich kaum geltend machen kann. Daß ein zwingendes Bedürfnis zur Ausdehnung des Gesetzes auf die Frauen nicht gegeben ist, haben die Darlegungen über das Angebot der Frauenarbeit bewiesen. Der Staatssekretär hat betont, daß auch die geistigen Bedürfnisse mit in den Bereich dieses Gesetzes gehören.

Soweit die Presse dabei in Frage kommt, ist es wohl selbstverständlich, daß nicht allein die Redakteure, sondern auch das technische Hilfspersonal unter den Hilfsdienst fallen. Bei der Prüfung, inwieweit der Hochschuldienst als Hilfsdienst gilt, wird man nicht nur auf die Studentinnen, sondern vor allem auch auf die große Zahl der Kriegsverletzten Rücksicht nehmen müssen, die jetzt die Hochschulen besuchen wollen. Ferner soll auch die Landwirtschaft als Hilfsdienst gelten, und bei der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Landwirtschaft für das Vaterland ist es in der Tat notwendig, daß sie möglichst wenig Störungen und Hemmungen erfährt. (Sehr richtig! rechts.) In der Hauptsache soll das Gesetz auf Freiwilligkeit aufgebaut sein, nur in den seltensten Fällen soll von dem Zwange Gebrauch gemacht werden. Wenn das aber geschieht, dann muß Vorsorge getroffen werden, daß unnötige Härten vermieden werden, daß keiner das Gefühl hat, schlechter behandelt zu werden als andere. Es müssen Instanzen eingeführt werden, die bei Differenzen entscheiden.

Der Entwurf, der solche Bestimmungen vorsieht, wird Ihnen voraussichtlich morgen zur zweiten Lesung zugehen. Von besonderer Wichtigkeit ist auch die Möglichkeit der Einwirkung des Reichstags auf die Tätigkeit des Kriegsamts. Wir stehen vor Verhältnissen, deren Entwicklung wir gar nicht übersehen können und auch das Kriegsamt nicht. Das Kriegsamt wird auch jetzt erst, wenn die einzelnen Aufgaben an es herantreten, sehen, was es für Maßnahmen zu ergreifen hat. Wir wünschen daher, daß die Ausführungsbestimmungen des Kriegsamts einem fünfzehngliedrigen Ausschuß des Reichstages, der auch während der Vertagung des Reichstages zusammenbleibt, zur Kenntnisnahme und Einwirkung, ehe sie eingeführt werden, unterbreitet wird. Ferner legen wir Wert darauf, daß mit Kriegsende das Gesetz aufgehoben wird. Es muß gesetzlich festgelegt werden, daß spätestens einen Monat nach Abschluß des Krieges mit den europäischen Großmächten das Gesetz aufgehoben wird. Jedenfalls müssen wir alles tun, um den siegreichen, ehrenvollen Frieden mit allen Kräften vorzubereiten. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. **Helfferich**: Auf eine vom Vorredner an mich gerichtete Anfrage freue ich mich, mitteilen zu können, daß der Bundesrat heute vormittag dem vom Reichstag beschlossenen Schuhhaftgesetz die Zustimmung erteilt hat. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. **David** (Soz.): Die Sozialdemokratie billigt durchaus den Grundgedanken des Gesetzes, nämlich die Konzentration aller Volkskräfte zur Erkämpfung eines ehrenvollen Friedens. Wir hätten freilich gewünscht, das Gesetz wäre nicht mehr notwendig gewesen, der Krieg wäre schon längst zu Ende, heute können wir nur sein baldiges Ende wünschen. Aber wir erkennen an, daß die harte Notwendigkeit der Tatsachen uns zwingt, weiter zu kämpfen und auszuharren, bis auch die Gegner zu einem Frieden geneigt sind, den wir nach unserem Gewissen im Interesse Deutschlands annehmen können. Mit aller Energie muß betont werden, daß dieses Gesetz nicht etwa einer Kriegsverlängerung dienen soll. Die Bereitschaft der deutschen Regierung zu einem Frieden, der den Lebensinteressen des Landes entspricht, ist vor aller Welt kundgetan und muß bestehen bleiben. Gewiß würde der Reichskanzler jedes Friedensangebot begrüßen, das sich mit der Würde und den Interessen des Landes vereinbaren ließe; er hat es abgelehnt, den Krieg auch nur um einen Tag zu verlängern, um weitere Faustpfänder zu erlangen.

Wir erinnern heute nachdrücklichst an diese Worte des Reichskanzlers, heute hat er aufs neue seine Friedensbereitschaft und -geneigtheit betont. Das ist um so mehr notwendig, als in der letzten Zeit Aeußerungen durch die deutsche Presse gingen, die den Anschein erwecken konnten, als ob in Deutschland diese Friedensbereitschaft nicht in allen Teilen des deutschen Volkes gehegt würde. In einem Aufruf des deutschen Landwirtschaftsrates und des Bundes der Landwirte wird gesagt: „Zwar hat Scheidemann verkünden zu müssen geglaubt, daß mit ein Narr noch an den Sieg Deutschlands glauben könne." (Abg. Scheidemann: Unerhörte Fälschung! Rufe b. d. Soz.: Unerhört!) Das ist eine ganz unerhörte Entstellung dessen, was Scheidemann von dieser Stelle verkündet hat, als er erklärte, die Erkämpfung eines Friedens, der die territoriale Unversehrtheit und die Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit Deutschlands enthalte, bedeute schon den Sieg Deutschlands, von den aussichtslosen weiterstrebenden Kriegszielplänen gewisser Herren hat er gesagt, daß nur ein Narr in einem so gewaltigen Koalitionskriege den vollen Sieg der einen Seite erwarten könne. (Sehr wahr! b. d. Soz.).

Tatsache ist ja nun, daß unsere Gegner nicht bereit sind zu einem für Deutschland annehmbaren Frieden. Sie würden aber einen ganz falschen Schluß ziehen, wenn sie aus unserer Bereitschaft zum Frieden schließen, daß wir nicht weiter ausharren wollten oder könnten. (Sehr richtig! links.) Unter keinen Umständen aber darf es dahin kommen, daß unsere braven Feldgrauen, die im Trommelfeuer an der Somme liegen, etwa mangelnde Munition oder Geschütze mit Blut und Leben bezahlen müssen. Unsere Feldgrauen draußen sollen wissen, daß das Land gesonnen ist, mit ganzer Kraft geschlossen hinter ihnen zu stehen (Lebh. Bravo!), ihnen ihre schwere Arbeit zu erleichtern und unnötige Opfer zu ersparen. Notwendig ist aber die gründlichste Prüfung, ob die zu diesem Ziel gewählten Mittel und Wege in jeder Hinsicht gut und zweckmäßig sind. Sonst laufen wir große Gefahr, daß das Gesetz nicht zum Heil, sondern zum Unheil Deutschlands ausschlägt, daß es allerschwerste Verwirrung in unser Wirtschaftsleben trägt und wachsende Mißstimmung erzeugt; statt Förderung würde Widerstand die Folge sein und die ganze innere Kraft des Ausharrens würde bedroht.

Der Zweck des Gesetzes ist nur dann erreichbar, wenn die Massen des Volkes aus sich heraus pflichtbereit und opferwillig mitwirken. Mit Leuten, die im Innern dem fluchen, was man ihnen aufzwingt, kann man die große Arbeit nicht leisten. Die Kommissionsarbeit ist noch nicht im einzelnen abgeschlossen, jedenfalls aber ist sie ein wirkliches Gesetz und nicht nur ein Ermächtigungsgesetz, trotzdem bleibt noch eine große Menge sehr ernster Bedenken übrig. Wir sind darum auch heute nicht in der Lage, über unsere Haltung zu der Vorlage bestimmtes zu sagen. Ueberstürzung muß vermieden werden, dazu ist die Sache viel zu bedeutsam, und wenn sie auch keine Verzögerung leidet, so erwarten wir doch eine gründliche und ordnungsmäßige zweite Beratung. Vor einem zu weitgehenden Vertrauen in den Bundesrat hat uns jetzt wieder der preußische Eisenbahnminister, Herr v. Breitenbach, gewarnt. Aus seinem Erlasse spricht nicht der neue Geist des Reichskanzlers, sondern er roch noch Stadt und Moder. Solche Männer erscheinen zwar selten im Reichstage, sind aber ausschlaggebend im Bundesrat. „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte", meinte Herr Helfferich, aber der Mann, der in Preußen Eisenbahnen wachsen ließ, der will Knechte. (Heiterkeit. — Abg. Scheidemann: Er soll vierter Klasse abfahren!) Der ganze Streit ist vom Zaun gebrochen, ein Streik war absolut nicht zu befürchten.

Wir haben keine Veranlassung, nachmals der Regierung eine solche Blankovollmacht zu erteilen, wie sie der Entwurf verlangt. Im Reichstag würde sich auch keine Mehrheit dafür finden. Das ist keine Erweiterung der Rechte des Reichstags. Wir haben seit Kriegsbeginn durch das Belagerungszustandsgesetz und das Ermächtigungsgesetz schon so viele Rechte verloren. Jetzt müssen wir uns unsere Rechte zurückholen. (Sehr richtig! links.) Der Landwirt ist gegenüber den anderen Leuten in Kriegsnöten in einer beneidenswerten Lage. Er hat einen festen Boden unter den Füßen, kennt keine Not. Jetzt sollen ihm auch noch Arbeitskräfte zugeführt werden. Gewiß, Nahrungsmittel sind so wichtig wie Munition. Aber ein Mißbrauch des Hilfsdienstzwanges durch den Landwirt wäre geradezu Landesverrat. Wir erfahren tagtäglich, daß viele Landwirte keine Spur von sozialem Empfinden haben. Die Arbeiter, die aufs Land übergeführt werden, müssen gesicherte Lohnbedingungen, gute Wohnverhältnisse und angemessene Behandlung haben. Die Regierung muß dafür sorgen, daß hier kein Mißbrauch eintritt.

Weiter darf auf keinen Fall geduldet werden, daß der Hilfsdienst nicht ein Hilfsdienst fürs Reich, sondern ein Hilfsdienst für die Kassen der Unternehmer ist. Das Volk empört sich dagegen, daß auf der einen Seite bittere Armut herrscht, während auf der anderen Seite sich die Millionen häufen. Wir treten für die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie ein. Im Ausschuß ist gesagt worden, daß der Krieg eine Arbeiterfrage geworden ist. Er ist sogar eine Facharbeiterfrage geworden. Deutschland siegt, steht und fällt mit der Leistungsfähigkeit seiner industriellen Arbeiterschaft. Heute macht Geld frei, in Zukunft sei die Arbeit der Schlüssel zur staatsbürgerlichen Ebenbürtigkeit. Das müssen auch die geistigen Berufe erkennen und wir werden einer glücklichen Zukunft entgegengehen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Bassermann** (nl.): Mit vaterländischem Opfersinn gehen wir an dieses Gesetz heran. Seine Notwendigkeit erscheint begründet. Wir dürfen unsere Soldaten nicht einem Uebermaß feindlicher Munition preisgeben, besonders die Lehren der Sommeschlacht beweisen die Erforderlichkeit dieses Gesetzes und die Notwendigkeit, auf dem Gebiete der Munitionsbeschaffung Abhilfe zu schaffen. Es handelt sich um das Wohl und Wehe Tausender und aber Tausender von Menschen. Zu dem Kriegsamt und seinem Leiter haben wir Vertrauen, aber angesichts der Bedeutung des Gesetzes müssen Kautelen und Aequivalente geschaffen werden, um zu starke Schädigungen zu verhindern. So kamen wir auf ein Mitbestimmungs-, ein Kontrollrecht des Reichstages. Es ist im § 17 vorgesehen, durch einen Ausschuß von 15 Mitgliedern, der für die allgemeinen Verordnungen beschließende Stimme hat. In die Verwaltung des Kriegsamts dürfen wir nicht eingreifen, weil Energie, Initiative und Frische der Entschließung dem Kriegsamt gewahrt sein müssen, soll es ersprießlich arbeiten. Der Beirat beim Kriegsernährungsamt hat deshalb nicht durchweg befriedigend gearbeitet, weil er nur beratende Stimme hat. Auch eine andere Mitwirkung des Reichstages ist vorgesehen. Wenn das Gesetz drei Monate nach Friedensschluß noch Geltung hat, kann es der Reichstag von sich außer Kraft setzen. Eine Befristung auf kürzere Zeit, die bei weiterem Andauern des Krieges jeweilig zu verlängern gewesen wäre, erschien uns nicht zweckmäßig. Die über die gerechte Behandlung aller unter das Gesetz fallenden Hilfsdienstpflichtigen gegebenen Zusagen müssen vom Kriegsamt in der Tat innegehalten werden. Ungleiche soziale Handhabung würde große Erbitterung auslösen. Durch das Gesetz erwarten wir die Freimachung vieler kriegspflichtiger Elemente für die Front infolge der Einschiebung von Hilfsdienstpflichtigen in Etappendienste. Die deutschen Frauen haben den lebendigen Wunsch, auch ihrerseits mitzuwirken, besonders auch die studierenden Frauen. In diesem Stadium kann der Wunsch nicht erfüllt werden. Das Gesetz, das also so dringend notwendig bezeichnet wird, müssen wir zur Verabschiedung bringen. Vielleicht ist späterhin eine Mitwirkung der Frauen durchführbar. So leicht ist das nicht zu erreichen, da die Kindererziehung nicht leiden darf. Freiwillige Meldungen mag die Regierung nach Tauglichkeit berücksichtigen. Den Wünschen der wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereinigungen, die vor dem Kriege bereits 280 000 Mitglieder aufwiesen, auf vollständige Gleichstellung mit den gewerkschaftlichen Organisationen jeder Art, muß Rechnung getragen werden. (Sehr richtig!)

Auch den berechtigten Wünschen der Privatangestellten muß entsprochen werden. Sie müssen ebenso sichergestellt werden, wie die Arbeiter. Ihre Versicherung darf nicht unterbrochen werden. Bei ihrer Einrangierung in die Betriebe möge man sich der sehr ausgebauten Nachweise der Privatbeamten bedienen. Den Bestimmungen des § 9 über die Landwirtschaft stimmen wir zu. Die Wichtigkeit der Erhaltung von Arbeitskräften für die schwerarbeitende Landwirtschaft kann gar nicht genug betont werden. Von Monat zu Monat wird es schwieriger, dort die nötigen Arbeitskräfte festzuhalten und die bisherige Produktion an Lebensmitteln fortzuführen. Die Regierungsvertreter haben anerkannt, daß der Pressedienst sowohl in der Redaktion, wie in seinem technischen Teil aufrechterhalten werden muß. Ich hoffe, daß es auf dem Wege der Freiwilligkeit gelingen wird, die nötigen Arbeitskräfte für die staatlich notwendigen Betriebe zu gewinnen. Wo aber die Freiwilligkeit versagt, muß der Zwang eintreten. Wir wollen alles tun, um den Privatrechten der einzelnen die erforderliche Rechtssicherheit zu geben.

Wir haben nach Kautelen gesucht und sind dabei auf die Organisationsfragen gekommen. Die Vorschläge der Gewerkschaftsvertreter in den verschiedenen Fraktionen haben in den Beschlüssen des Ausschusses ihren Ausdruck gefunden. An der Frage der obligatorischen Arbeiterausschüsse hängen wir im Reichstage ja schon seit Jahrzehnten. Auch die Frage ist geregelt, wie es zu halten ist, wenn keine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erzielen ist. Das Gesetz ist unter dem Trommelfeuer der Fronten geboren. Das Hindenburgprogramm ist ein Rüstungsprogramm, das aus der Not der Zeit herausgewachsen ist, aus der Erkenntnis des Vernichtungswillens unseres Hauptfeindes, Englands, und unseres festen Willens, zu siegen. Diese feste Energie ist auch in dem bekannten Hindenburgbriefe zum Ausdruck gekommen. Wenn das Volk die Notwendigkeit der Gesetze erkennt, wird es sich auch mit ihren Unbequemlichkeiten abfinden.

Die „Times" haben gesagt: „Die Bestie brüllt nicht mehr, sie heult nur noch, und wir müssen alles daran setzen, um sie ganz zu erschlagen!" (Heiterkeit.) Die beste Antwort darauf sind unsere Erfolge in Rumänien. (Beifall.) Das Gesetz ist nicht der Ausdruck dafür, daß wir am Ende unserer Kraft angelangt sind, sondern daß wir willens sind, alle ungenützten Kräfte in den Dienst des Krieges unseres Vaterlandes zu stellen. Es soll kein Strohhalm sein, den wir als Ertrinkende ergreifen, sondern ein Beweis des festen Willens, den Krieg zu beenden und einen deutschen Frieden zu bekommen. (Beifall.) Der Abg. David hat die Beschwerde über die Erklärungen Scheidemanns zurückgewiesen. Es handelt sich vor allem um die Frage der Annexionen und um die Bemühungen Scheidemanns, es so darzustellen, als ob der Reichskanzler mit ihm darin einig ist, daß keine Annexionen erfolgen sollen. Herrn Scheidemann wird es nicht gelingen, den Beweis zu erbringen, daß zwischen ihm und dem Reichskanzler in diesem Punkte eine Uebereinstimmung besteht. Dagegen sprechen schon die Reden des Reichskanzlers, in denen er ausgeführt hat, Deutschland müsse seine Stellung so stark ausbauen, daß fremden Mächten die Neigung vergeht, wieder Einkreisungspolitik zu treiben. Im Dezember vorigen Jahres hat der Reichskanzler davon gesprochen, je länger und verbitterter unsere Feinde den Krieg gegen uns führen, um so mehr müßten die Garantien wachsen. Weder im Osten noch im Westen dürften unsere Feinde über Einfallstore verfügen. (Zuruf bei den Soz.: Damals!)

In diesem Jahre hat der Reichskanzler in seinen Reden festgestellt, der Status quo ante könne nicht wieder hergestellt werden. Belgien dürfte nicht wieder ein englischer Vasallenstaat werden, nicht wieder als wirtschaftliches und militärisches Bollwerk Englands gegen uns ausgenutzt werden; Deutschland werde nicht dulden, daß der so lange niedergehaltene flämische Volksteil erneut unterdrückt werde. Angesichts der Versuche Scheidemanns, den Reichskanzler in seinen Bannkreis zu ziehen und ihn als Kronzeugen für seine eigenen Ansichten zu gewinnen, muß das immer wieder betont werden. Der Abg. David hat erklärt, daß die Friedensbereitschaft Deutschlands immer wieder betont werden müsse. Der Reichskanzler hat am 15. Juni hier ausgesprochen, daß jedes Friedensgespräch zur Zeit vom Uebel sei. Das ist auch unserer Ansicht nach richtig. Zu betonen, daß wir den Krieg nicht aus unbegrenzten Eroberungsgelüsten fortsetzen wollen, mag richtig gewesen sein. Die ständige Wiederholung wirkt im Auslande nur dahin aufgelegt, daß wir am Ende unserer Kraft sind. Mehr als jedes Gerede von Friedensbereitschaft bringt uns ein solches Gesetz, das die volle Energie unseres Kriegswillens dokumentiert, dem Frieden näher. Wir haben, wie Ludendorff sagte, den festen Willen, den Krieg siegreich zu beenden. In diesem Sinne begrüßen wir dieses Gesetz als Durchführung der wirtschaftlichen Mobilmachung unseres Volkes. Wir sehen in der raschen Bewilligung und Durchführung dieses Gesetzes ein weiteres Mittel zur Erringung eines deutschen Friedens. (Beifall.)

Abg. v. **Payer** (Fortschr. Vp.): Das Massenaufgebot muß durchgeführt werden. Ernstliche Schwierigkeiten sehen auch wir. Niemand kann die Einzelheiten übersehen. Eine gründliche Beratung würde Monate dauern. Hier aber gilt rasche Tat. Da muß das Gesetzbei dem 4. August wiederholt werden. Aber gewisse Sicherheiten sind erforderlich. Der Reichstag darf nicht wieder so völlig ausgeschaltet werden. Der Entwurf des Ausschusses wird dem Hause morgen vorliegen. Bei der Vorberatung ging es etwas anders zu als sonst. Warum soll man aber nicht einmal die alten ausgefahrenen Bahnen verbessern! Die Vereinbarung ist brauchbar. Sie dient dem Vaterlande und schützt den einzelnen. Der fünfzehngliedrige Ausschuß wird sicherndwirken. Er ist nicht mehr als ein Beirat. Er muß denselben Anteil an der ausübenden Gewalt haben wie der Reichstag sie an der Gesetzgebung hat. Es ist ein neuer Weg, der nicht ohne Bedenken ist, aber er muß versucht werden. Mögen auch die Vertreter der grauen Theorie von keinem Stellen geschüttelt werden. Jeder Teil gibt Rechte auf, der Reichstag und der Bundesrat.

Härten werden sich nicht ganz vermeiden lassen. Aber alles muß gerecht zugehen. Dafür müssen die Rechtsschutzbestimmungen sorgen. Manche sozialpolitische Fragen werden hier wie der gordische Knoten durchschlagen. Die Freiwilligkeit hätte man erst einmal erproben sollen. Wenn ein Zwang dahinterSteht, äußert sie sich allerdings temperamentvoller. In vielen Zuschriften an uns wird um Unterstellung unter das Gesetz gebeten. Eine Einbeziehung der Frauen ist zur Zeit nicht notwendig, heute würde sie unnötige Beunruhigung schaffen; würde sie einmal nötig so wird sie am guten Willen der Frauen nicht scheitern. In der Frage der Entschädigungen haben wir viele Bedenken. Alle Schäden kann man nicht vergüten. Schließlich würde man auch den aus der Erfüllung der Wehrpflicht entstandenen Schaden berücksichtigen. Alle müssen Opfer bringen. Die Reichsregierung will auch staatsrechtliche Opfer bringen und auf manche Machtausübung verzichten. Unsere Opfer werden nicht vergeblich gebracht werden. (Beifall.)

(Die Sitzung dauert fort.)

Die Trauerfeier in Wien.

Wien, 30. Nov. (WTB.) Heute früh traf der **deutsche Kronprinz** zur Teilnahme an der Leichenfeier ein. Am Nordwestbahnhof hatten sich zum Empfang der Botschafter v. Wedel mit den Herren der Botschaft, der Generaladjutant des deutschen Kaisers v. Plessen, der dem verblichenen Kaiser zugeteilte General v. Cramon, der zum Ehrendienst zugeteilte Feldzeugmeister Rohn von Hermannstädten, der Kommandant des Kriegspressequartiers General Hoen, der Direktor der Nordwestbahn Goudebrück eingefunden. Kurz vor acht Uhr traf **Kaiser Karl** in der Uniform seines preußischen Husarenregiments mit dem Bande des Schwarzen Adlerordens und den Abzeichen des Generalfeldmarschalls ein. Er hielt einen kurzen Cercle mit den zum Empfange erschienenen Persönlichkeiten ab. Der Kronprinz trug die Uniform seines österreichisch-ungarischen Husaren-Regiments Nr. 13 mit dem Bande des St. Stephansordens. Der Kaiser hieß den Kronprinzen herzlich willkommen. Kaiser und Kronprinz küßten einander und drückten einander herzlich die Hand. Sodann begrüßte der Kronprinz den deutschen Botschafter und Herrn v. Plessen und die übrigen Herren der Botschaft und nahm die Meldung des Feldzeugmeisters Rohn entgegen. Hierauf erfolgte die Vorstellung der beiderseitigen Begleitung. Sodann verließen der Kronprinz und der Kaiser den Bahnhof und fuhren mit dem Automobil in die Hofburg. Sogleich nach dem Eintreffen in der Hofburg machte der Kronprinz der **Kaiserin Zita** seine Aufwartung. Um ½11 Uhr vormittags empfingen Kaiser Karl und Kaiserin Zita in der Hofburg die fremden Fürstlichkeiten, die in Wien zu den Leichenfeierlichkeiten eingetroffen sind, hierauf die hierher entsandten Spezialgesandten.

Die Beisetzung.

Wien, 30. Nov. (WTB.) Unter Entfaltung allen Gepränges, welches das Hofzeremoniell für diesen tieftraurigen Anlaß vorsieht, unter einer seit Menschengedenken wohl kaum je dagewesenen pietätvollen Beteiligung des Herrscherhauses der verbündeten und befreundeten Staaten und der Völker der Monarchie fand heute die **Beisetzung** weiland Seiner Majestät **Franz Josefs** in der Gruft seiner Väter statt.

Eine Rede des bulgarischen Ministerpräsidenten.

Sofia, 29. Nov. (WTB.) Finanzminister **Tontschew** gab gestern in der **Sobranje** eine Darstellung der **Finanzlage Bulgariens**. Hierauf ergriff Ministerpräsident **Radoslawow** das Wort, um die **politische Lage** des Landes seit der letzten Tagung der Sobranje darzulegen.

Die bulgarische Regierung bemühte sich stets, mit **Rumänien** freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, selbst nach dem tiefen Schmerze, den dieses ihm durch das feindliche Eingreifen im Jahre 1913 und durch die Abtrennung der Dobrudscha bereitete. Diese Bemühungen schienen anfänglich einen so guten Erfolg zu haben, daß 1915 bei Eröffnung der Feindseligkeiten mit Serbien die rumänische Regierung in Sofia die formelle Versicherung abgab, daß sie die **Neutralität** bis zum Ende des europäischen Krieges beobachten werde. Bald jedoch begannen sich seitens Rumäniens wenig freundschaftliche Anzeichen bemerkbar zu machen. Im August 1916 hatte die bulgarische Regierung, vollkommen unterrichtet darüber, was bei ihren Nachbarn im Norden vor sich ging, keine Illusionen über dessen Absichten. So mußte sie denn ihre Vorsichtsmaßnahmen treffen, die Verteidigung der bulgarisch-rumänischen Grenze verstärken, wobei sie Rumänien noch versicherte, daß die von ihr getroffenen Maßnahmen nur auf den Schutz des bulgarischen Gebietes gegen einen etwaigen Einbruch abzielten.

Gegen Ende desselben Monats kam der rumänische Gesandte Derussi, der seit einiger Zeit abwesend war, nach Sofia. Es begann sich das Gerücht zu verbreiten, daß seine Regierung in dem Wunsch, in guten Beziehungen mit Bulgarien zu bleiben, bereit sei, die ihm 1913 annektierte **Dobrudscha zurückzuerstatten**, gegen die Verpflichtung, für den Fall einer militärischen Aktion Rumäniens gegen Oesterreich-Ungarn passive Haltung zu beobachten. Diese heuchlerische Freundschaft, durch die Rumänien Zeit zu gewinnen trachtete, um die höllischen Pläne gegen Bulgarien durchzuführen, übte in Sofia einige Wirkung aus. Die Regierung jedoch, die den durch diese Machenschaften verfolgten Zweck wohl kannte, ließ sich nicht in die Schlinge locken, und als Derussi um eine Audienz bei Radoslawow bat, lehnte dieser ab, ihn zu empfangen; denn er hatte selbst 1½ Jahre vorher Rumänien und allen Regierungen der Ententemächte, die damals ängstlich vermieden hatten, diese Frage zu erörtern, einen ähnlichen Vorschlag gemacht.

Unterdessen erklärte Rumänien Oesterreich-Ungarn den Krieg, und seine Truppen verletzten die bulgarische Grenze. Bulgarien, entschlossen, seinen Bündnisverpflichtungen treu zu bleiben, konnte nicht länger zögern, obwohl es auf zwei Fronten zu kämpfen hatte. Seine Lage ist gegenwärtig in jeder Beziehung befriedigend. Zwar mußten die bulgarischen Behörden **Bitolia** vor dem Vorstoß der dank der Schwäche der griechischen Politik aus sämtlichen Verbündeten der Entente gebildeten Saloniki-Armee räumen, aber dieses ist ein augenblickliches Zurückweichen, das in der Erwartung des Augenblicks, in dem man das verlorene Gebiet zurückgewinnen und sogar noch weiter vorstoßen können wird, zur Verhütung unnötiger Opfer beschlossen wurde. Dieser Augenblick naht, denn die vom Kriegsschauplatz in Rumänien kommenden Nachrichten, wo unsere Truppen bereits die Donau auf der ganzen Länge ihres Laufs überschritten haben und die auf Bukarest zurückweichenden rumänischen Truppen verfolgen, lassen erhoffen, daß die dort im Gange befindlichen Operationen sehr bald einen glücklichen endgültigen Ausgang abschließen werden.

Der Ministerpräsident kam sodann auf die Vertreibung der Vertreter der verbündeten Mächte in Athen durch den französischen Admiral zu sprechen und sagte: Wir stehen nach wie vor zu der rechtmäßigen Regierung und dem König von Griechenland, die ohne Macht war, diese Gewalttat zu verhindern, doch sind wir ohne Verbindung mit ihnen. Schließlich erklärte Radoslawow, er hoffe, daß in einiger Zeit die verbündeten Regierungen ihren Parlamenten **glückliche Nachrichten** bekanntgeben können, die die Zustimmung aller verbündeten Nationen finden werden.

Aus Stadt und Land.

Gießen, 1. Dezember 1916.

Deutschlands Säuglings- und Kleinkinderschutz.

Die unter dem Protektorate der Herzogin **Viktoria Luise zu Braunschweig** stehende große deutsche Organisation zum Ausbau der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge hat ihre ernsten und wichtigen Arbeiten in vollem Umfange aufgenommen.

Seinem Begründungsprogramm getreu, fördert der, unter dem Ehrenvorsitz des Generalfeldmarschalls v. **Hindenburg** und des Reichskanzlers v. **Bethmann Hollweg** tätige Verein „Deutschlands Spende" (Geschäftsstelle Berlin W. 8, Taubenstraße 16) den Ausbau im Gebiete des Deutschen Reiches, überträgt aber die Sonderarbeit den für die einzelnen Bundesstaaten gebildeten selbständigen Organisationen.

Diese Landesausschüsse haben sich nunmehr gebildet; es gehören ihnen die hervorragendsten Vertreter der Regierung, der Gelehrtenwelt, der Industrie und des Handels an.

Als Auftakt zur Arbeit des Vereins können die Worte angesehen werden, mit denen der deutsche Kaiser am jüngsten Geburtstage der Kaiserin seine Spende für die Erweiterung des Säuglingsschutzes begleitete:

„Die Bekämpfung der noch immer hohen Säuglingssterblichkeit gewinnt im Zusammenhang mit dem zunehmenden Geburtenrückgang und den schweren Opfern des Krieges für die Zukunft des deutschen Volkes eine Bedeutung, die das warme Interesse und die tatkräftige Mitarbeit aller Vaterlandsfreunde beansprucht."

Der Krieg hat die Wichtigkeit des Problems der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ins hellste Licht gerückt. Umsomehr muß von den Spitzen des Staates bis zum Vorstand der kleinsten Gemeinde, der Säuglings- und Kleinkinderschutz als eine der wesentlichsten Aufgaben für das deutsche Volkstum erkannt und gefördert werden. In den Volksschulen muß mit der Lehre der Grundsätze für Kinderhygiene begonnen werden. Die Gemeinden, insbesondere auch die auf dem platten Lande müssen in der Organisation der Säuglings-Fürsorgestellen, der Schaffung von Mütterheimen, der Neuerrichtung von Krankenhäusern für erkrankte Säuglinge energische Fortschritte machen. Das Reich muß durch Fortführung des Gedankens der Reichswochenhilfe weiteren Grund legen zu einer Mutterschaftsversicherung großen Stils.

An dieser großen Aufgabe für Deutschlands Volksgesundung und Deutschlands Kraftmehrung kann ein jeder im Deutschen Volke mitarbeiten, sei es an amtlicher Stelle, sei es vom Lehrstuhl der Wissenschaft, sei es durch Geldspende, sei es durch Mitwirkung in der Organisations- und Aufklärungsarbeit. Aehnlich wie die Nationalstiftung soll „Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderschutz" zu einer der großen Kraftquellen werden, aus denen nach dem Weltkriege Deutschlands nationales Wachstum schöpfen kann.

*

** **Der Dezember im Volksmund.** Der Dezember wird mit Recht als ein Wintermonat bezeichnet, denn in seinen Lauf fällt der kalendermäßige Anfang des Winters. Die Witterung soll daher nach alten Bauernregeln ein echt winterliches Gepräge tragen, denn es heißt: „Im Dezember sei der Winter kühn, Weihnachten sei nur auf dem Tische grün". „Auf kalten Dezember mit tüchtigem Schnee folgt ein fruchtbares Jahr mit reichlichem Klee." „Ist's in der heiligen Nacht hell und klar, so gibt es ein segensreiches Jahr." Dagegen: „Weihnachten naß, gibt leere Speicher und Faß" und „Weihnachten im Klee — Ostern im Schnee". Hoffen wir daher mit Dezember auf Winters Anfang.

** **Weizengebäck — ohne Hefe!** Wie wir erfahren, werden in der Versuchsbäckerei der Reichsgetreidestelle nicht nur von sämtlichen Mehlen der ihr angeschlossenen Mühlen Backproben hergestellt, sondern es werden auch zweckmäßige Mehlmischungen und Backverfahren ausprobiert. F. Nebelung, dem Leiter der Versuchsbäckerei der Reichsgetreidestelle ist es gelungen, durch besonderes Backverfahren Weizenmehlgebäcke ohne Hefe herzustellen. Die Gebäcke unterscheiden sich kaum weder in Form, Farbe und Geschmack von den sonst üblichen und haben noch den Vorteil längeren Frischbleibens als diejenigen mit Hefe hergestellten. Das Backverfahren ist daher von großer Wichtigkeit, weil durch diese Erfindung bei allgemeiner Einführung erhebliche Mengen Rohstoffe erspart und der menschlichen Ernährung auf einfache Art zugänglich gemacht werden könnten. Die Reichsgetreidestelle stellt dieses sehr einfache Verfahren, welches auf einer Neuzüchtung von Roggensauer auf Weizen beruht, im Interesse der Allgemeinheit kostenlos durch Veröffentlichung in den Bäckerfachzeitungen zur Verfügung.

** **Zuckerzuteilung im Monat Dezember.** Die Einkaufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen m. b. H. in Mainz teilt mit: Mit dem 1. Dezember tritt die Neuregelung der Zuckerabgabe auf Grund der Einheitszuckerkarte in Kraft. Die Karte besteht bekanntlich aus einer Stammkarte, auf die der Haushaltungsvorstand seinen Namen eintragen muß, und aus einer Reihe Zuckermarken (Abschnitten), die mit fortlaufenden Nummern versehen sind. Jede Marke gilt für 250 Gramm. Nach den neuen Vorschriften gelangen vorerst im Monat nur 500 Gramm für den Kopf zur Ausgabe. Für den Monat Dezember ist indeß von der Einkaufsgesellschaft in Mainz eine **besondere Zuckerzulage** vorgesehen, so daß noch einmal die bisherige Menge von 750 Gramm ausgegeben wird. Es gelten somit für den Monat Dezember die Zuckermarken Nr. 1, 2 und 3. Mit dem 31. Dezember verlieren die noch nicht eingelösten Marken ihre Gültigkeit. Die einzelnen Kommunalverbände werden noch bekannt geben, von welchem Tage an die Zuckermarken bei den Kleinhandelsgeschäften gegen Zucker eingelöst werden können.

Kreis Friedberg.

oa. **Friedberg**, 1. Dez. Dem Musketier Otto **Frey** im Inf.-Rgt. 186 wurde die Hessische Tapferkeitsmedaille verliehen.

oa. **Assenheim**, 1. Dez. Der Kanonier Friedrich **Finkbeiner**, 1. Batterie Feld-Art.-Rgt. 241, wurde mit der Hessischen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.

O. **Bad-Nauheim**, 1. Dezember. Der Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Kopsch**-Berlin über „Die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands" war vortrefflich besucht. Die Ausführungen des Redners, der die Politik des Reichskanzlers als vertrauenswürdig bezeichnete, fanden den ungeteilten Beifall der Versammlung, in der sich auch viele Damen befanden. Einer Anregung des Prof. **Strecker** — der die Versammlung leitete — folgend, wurde die Absendung eines Telegramms an den Reichskanzler beschlossen, in dem ihm das Einverständnis mit seiner Führung der Staatsgeschäfte ausgedrückt wird.

oa. **Ockstadt**, 1. Dez. Dem Musketier Josef **Henritzi**, Sohn des Landwirts Georg Henritzi, wurde die Hessische Tapferkeitsmedaille verliehen.

oa. **Pohl-Göns**, 1. Dez. Dem Pionier Otto **Jörb** von hier, bei einer Minenwerfer-Kompagnie im Westen, wurde das Eiserne Kreuz verliehen.

Hessen-Nassau.

= **Frankfurt** a. M., 29. Nov. Bei naturgemäß sehr schwacher Beteiligung und unter voller Wahrung des Burgfriedens wurden heute die **Stadtverordnetenwahlen** vollzogen. Die von den vier politischen Parteien gemeinsam aufgestellten Kandidaten wurden glatt und ohne jeden Zwischenfall gewählt. Gewählt wurden 15 Fortschrittler, 7 Sozialdemokraten, 4 Nationalliberale und 1 Zentrumsmitglied.

= **Bad Homburg** v. d. H., 30. Nov. Seit vier Jahren spielte zwischen der Stadt Homburg und dem Nachbarort Gonzenheim ein **Prozeß**, bei dem es sich um eine Forderung Gonzenheims auf Verlegung der Homburger Klärbeckenanlagen handelte. Die Gemeinde Gonzenheim hat in der Nähe der Anlagen ein aufblühendes Villengelände erschlossen und sieht dieses durch die Klärbecken gesundheitlich geschädigt und in seiner Entwicklung stark gehemmt. Das Verwaltungsgericht hatte dem Verlangen Gonzenheims stattgegeben; nunmehr hat auch das Oberverwaltungsgericht als letzte Berufungsinstanz zuungunsten der Stadt Homburg entschieden.

Universitäts-Nachrichten.

= **Frankfurt** a. M., 30. Nov. Professor Dr. **Morgenroth** aus Berlin, zurzeit Abteilungsvorsteher an dem Pathologischen Institut der Universität Berlin, hat den Ruf als zweiter Direktor des hiesigen Georg Speyer-Hauses abgelehnt.

Märkte.

fc. **Wiesbaden**, 1. Dez. **Heu- und Strohmarkt.** Man notierte: Heu 7,00 bis 0,00 Mark, Stroh (Richtstroh) 0,00—0,00 Mk., Krummstroh 4,00 Mk., Kornlangstroh 0,00 Mk. Alles für 50 Kilo.

Bekanntmachung.

Betr.: Landespolizeiliche Prüfung des Entwurfs zur Anlage einer Grubenbahn für die Gewerkschaft Glückauf Hessen zu Gießen von dem Haas'schen Gleis an der Main-Weser-Bahn bei Großen-Linden bis zur Landesgrenze.

Die Pläne zur Anlage einer Grubenbahn für die Gewerkschaft Glückauf Hessen zu Gießen von dem Haas'schen Geleis an der Main-Weser-Bahn bei Großen-Linden bis zur Landesgrenze liegen auf der Großh. Bürgermeisterei Großen-Linden vom 2. Dezember 1916 bis einschl. zum 5. Dezember 1916 zur Einsicht offen.

Zur landespolizeilichen Prüfung des Projekts ist Termin auf Donnerstag, den 7. Dezember 1916 nachmittags 12 Uhr 20 Minuten auf Bahnhof Großen-Linden festgesetzt.

Einwendungen gegen das Projekt, welches sich Ansprüche wegen Verlegung und Aenderung öffentlicher Wege, An- und Zufahrten auf Grundstücke, Einfriedigungen, Wasser- und Vorflutverhältnisse usw. sowie die Herstellung von Schutzvorrichtungen zur Sicherung gegen die aus dem Bahnbetrieb entstehenden Gefahren und Nachteile beziehen, sind bei Meidung des Ausschlusses spätestens im Termin vorzubringen.

Gießen, den 29. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. V.: **Hechler**.

Der Wohnsitz Kaiser Carls.

Man schreibt uns aus Wien: Kaiser Carl zieht „in die Burg seiner Väter," er wird im alten Schloß der Habsburger, mitten unter den Wienern, im Herzen der Stadt wohnen, und mit dem jugendlich raschen Temperament, das man in diesen acht Tagen an allen seinen Handlungen angenehm bemerkt hat, wird auch dieser Entschluß rascher, als man denkt, ausgeführt sein, obwohl noch sehr viele Vorbereitungen, zeitgemäße Installationen und hygienische Neuerungen vorzunehmen sind. Kaiser Franz Josef hat die letzten Jahre seiner Regierung aus Gesundheitsrücksichten ausschließlich in der Park- und Wiesenluft von Schönbrunn verbracht. „Schönbrunn", das „Belvedere" (der Wohnsitz Franz Ferdinands), der „Ballplatz", auf dem das Ministerium des Aeußern steht, waren europäische Begriffe der Politik und Diplomatie geworden, während die „Hofburg" seit anderthalb Jahrzehnten nicht mehr im Wörterbuch der Politik stand. Zuletzt hat sie Kaiser Franz Josef zu öffentlichem Anlaß wohl vor fünf Jahren anläßlich der feierlichen Eröffnung des neugewählten Parlaments im Hochsommer 1911 betreten. Nun wird der ungeheure Bau neu belegt werden, ein ganzer Stadtteil, ja, eine kleine Stadt für sich, die meist so und so vielen hundert Wohnzimmern, nicht weniger als zwei Riesenbibliotheken (die Hofbibliothek mit 1 Million Bänden, 27000 Inkunabeln und die Fideikommißbibliothek mit 17 Sälen) und nicht weniger als zwei Museen umfaßt: Die Weltreisesammlung Franz Ferdinands und die unermeßlich kostbare Schatzkammer. In ihr befindet sich unter anderem die Kaiserkrone, der Reichsapfel und das Reichsschwert des ehemaligen Heiligen römischen Reiches deutscher Nation, der „Florentiner", der viertgrößte Diamant der Welt, die Schlüssel zu den kaiserlichen und erzherzoglichen Särgen in der Kapuzinergruft, napoleonische Andenken, und die von der Kaiserin Elisabeth bei der ungarischen Krönung getragene Diamantenkrone, deren Wert man auf drei Millionen Kronen schätzt, und die wahrscheinlich Kaiserin Zita beim gleichen Akt wieder verwenden wird. Außer den zwei Bibliotheken und den zwei Museen umschließt die Kaiserstadt noch eine Sommer- und eine Winterreitschule, eine Stallung, eine eigene Hofapotheke, ein eigenes Gericht (Oberhofmarschallamt), eine Kirche mit der weltberühmten Hofmusikkapelle, an der im Laufe der Jahrhunderte Mozart als Organist, Gluck als Kompositeur, Schubert als Sängerknabe, Anton Bruckner als Organist und als Letzter in der Reihe der ganz Großen Hans Richter von 1893—1900 als „Kapellmeister" gewirkt hat. Diese Fülle von verschiedenartigen Bestimmungen, bei denen die Zeremoniensäle, die Ball- und Redoutenräume, die Fremdenappartements, die Amtsräume für das Obersthofmeister-, das Oberstjägermeister- das Oberküchenmeister- und Oberstkämmereramt noch gar nicht aufgezählt sind, gibt einen beiläufigen Begriff von den umfänglichen Dimensionen der Hofburg, die wohl das kolossalste Gebäude Mitteleuropas ist. Der Kern ist ein fast quadratisches Viereck von vier Palästen, das sich aus den epheuumwachsenen, neun Jahrhunderte alten „Schweizerhof" mit Graben, Türmen, Gitterfenstern (einst Wohnsitz Kronprinz Rudolfs), dem anstoßenden, ganz schmucklosen „Leopoldinischen Trakt" (einst Wohnsitz Kaiserin Elisabeths, künftig Kaiserin Zitas), dem dunkleren „Amalientrakt" und dem hellen, hochfenstrigen, barock gebauten „Reichskanzleitrakt" zusammensetzt, den der große Baukünstler Hildebrandt zur Zeit Karls VI. geschaffen, Franz Josef II. bewohnt hat und den nun Carl I. bewohnen wird. An diesen quadratischen Palastkern aber sind stadt- und ringwärts noch eine Menge von Kolossalgebäuden angebaut oder durch Schwibbogen verbunden, stadtwärts die zwei Riesenfronten der Hofbibliothek, der Redoutensäle, in denen es zur Kongreßzeit hoch herging, die Stallburg, die Hofapotheke und ringwärts der drei Stock hohe, an die 60 Fenster lange Barockflügel „die neue Hofburg" (im Stil der Hofmuseen) 1881 nach Gedanken Fischer von Erlachs durch Gottfried Semper entworfen, von Hasenauer begonnen und heute noch im Innern nicht ganz vollendet, trotzdem Franz Ferdinand in der Absicht, hier einst zu residieren, den Bau möglichst beschleunigt hat. Für die innere Ausschmückung dieser neuen Hofburg hat Franz Ferdinand von Wiener Künstlern, Ludwig Koch, L. B. Eichhorn, Carl Friedrich Gsur, Carl Pippich einige Monumentalgemälde bestellt, die Szenen aus der habsburgischen Geschichte — leider mehr großflächig als großartig — darstellen. Ein Teil des Flügels beherbergt die sogen. Estensischen Sammlungen, das kulturhistorische und naturhistorische Museum, das Franz Ferdinand von seiner Reise um die Welt aus Indien, Java, Persien mitgebracht und hier in 23 Riesensälen aufgestellt hat. Im Oberstock ist die Fideikommißbibliothek untergebracht, die u. a. eine einzigartige Sammlung von Porträtisten aller Zeiten und Länder und eine interessante Sammlung der Huldigungsadressen an Kaiser Franz Josef enthält. Stadtwärts aber an die „Alte Burg" anschließend liegen die, freilich noch nicht eingerichteten Wohngemächer, die Kaiser Carl und Kaiserin Zita nach dem Provisorium in der alten Burg künftighin dauernd bewohnen werden, Aug in Aug mit dem „Heldenplatz", den Standbildern Prinz Eugens und Karl von Aspern, dem Parlament, dem Rathaus und dem Kranz der Berge und Weingelände um Wien, die der Natursinn des Kaiserpaares so sehr liebt.

*

— **Wiesbadener Uraufführungen.** Aus **Wiesbaden** wird uns geschrieben: Das **Königl. Theater** brachte die reichsdeutsche Uraufführung des Märchenlustspiels „**Basem der Grobschmied**" von Otto Stöhl. Kein Märchen für Kinder, nur eine sehr — ausgewachsene Harmlosigkeit, deren Stoff den Märchen von „Tausend und eine Nacht" entnommen ist. Basem der Grobschmied, der stets zufriedene, der nur 5 Derhem täglich braucht, um glücklich zu sein und leben zu können, wird durch ein Arbeitsverbot des Kalifen, der seine Freude daran findet, den Anspruchslosen zu quälen, aus seiner gleichmäßigen heiteren Gemütsverfassung gerissen. Zuletzt aber kommt alles in schönste Ordnung, da der Kalif sich wieder besänftigen läßt. Der lebhafte Beifall ist wohl vor allem der Gestaltungskraft zu danken, die Herr **Everth** als „Basem der Grobschmied" entfaltete. — Das **Residenz-Theater** überraschte durch die Uraufführung eines Bauerndramas „**Altmutter**" von **Fritz Philippi**. Der Verfasser ist ein hiesiger sehr geschätzter Pfarrer, der durch seine Romane und Novellen in ganz Deutschland bekannt geworden ist. Es ist ein Kriegsstück im guten Sinn. Der Krieg bricht aus, die Männer eilen zu den Fahnen. Auch den Raabhütter Jung treibt es freiwillig hinaus, den Siebzehnjährigen. Die Mutter will den Einzigen ziehen lassen, aber die Altmutter sträubt sich. So lange er nicht hinaus **muß**, soll er zu Hause bleiben, damit „die Sach!", das Land, zu seinem Rechte kommt. Da ist Bauerntrotz wider Bauerntrotz, doch beide sind zäh. Der Raabhütter Jung geht in den Krieg, während die Altmutter wie ein Mann das Land besorgt, verbissen und böse, dabei eine starke, heimliche Sehnsucht nach dem Enkel im Herzen. Als der Enkel mit einem zerschossenen Arm, aber doch als ein ganzer Mann, ein echter Raabhütter, zurückkehrt, da kann die Altmutter ruhig sterben, denn nun ist einer da, der für „die Sach!" sorgt. Und das alte, abgearbeitete Weib stirbt, wie es gelebt hat, im Bewußtsein erfüllter Pflicht. Der Beifall war sehr herzlich. Für den abwesenden Autor, der als Pfarrer im Feuer der Sommeschlacht seines Amtes waltet, dankte Direktor Dr. **Rauch**, der das Stück mit Liebe und Umsicht vorbereitet und inszeniert hatte. Die „Altmutter" von Frau **Andree-Huvart** war eine sehr gute Leistung, Maske und Spiel aus einem Guß. Sie hatte starken Anteil an dem Erfolg des Stückes.